

"Man darf sagen, daß in dieser Hinsicht die nationale Revolution wie ein reinigendes Gewitter, wie überall, so auch auf die Baugenossenschaften einwirkt." (Mit 6/1933)

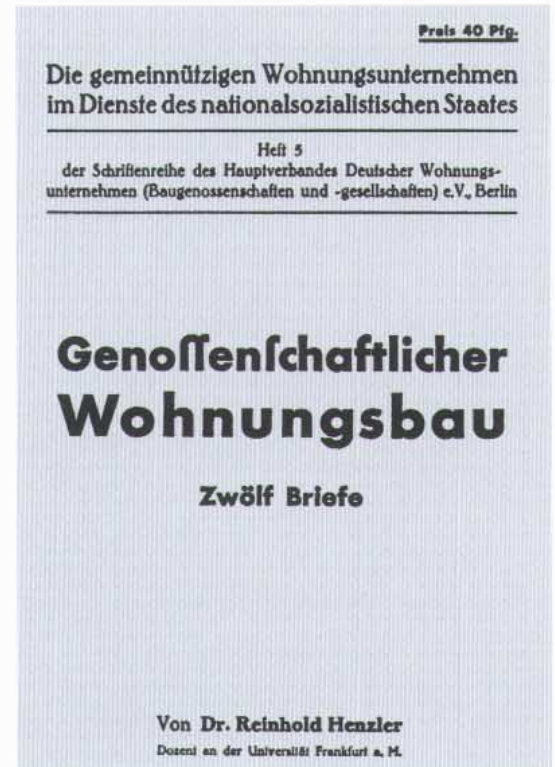
MACHTERGREIFUNG UND GLEICHSCHALTUNG

"Was heißt Gleichschaltung? Dieses Wort taucht gerade heute in unserer Baugenossenschaftsbewegung mehr als zu viel auf. Gleichschaltung bedeutet, die 'Parlamente' der Genossenschaften und Gesellschaften (Aufsichtsrat, Vorstand, Vertreterversammlungen, Siedlerausschüsse) den Parlamenten der Länder und des Reiches anzupassen, um dadurch in der Lage zu sein, die nationalsozialistische Weltanschauung auch in der Baugenossenschaftsbewegung in die Praxis umzusetzen." (Raedel, ZfW 10/1933)

Der in aller Offenheit von den Nationalsozialisten benannte Prozeß der "Gleichschaltung" bedeutete faktisch die Zerschlagung sämtlicher demokratischer und oppositioneller Strukturen. Die politische Vereinnahmung der Genossenschaften und ihre Reduzierung auf die reine Wohnungsversorgung durch Abschaffung der Spar-, Sozial- und Kultureinrichtungen machte diese zu "regierbaren" Organen nationalsozialistischer Wohnungspolitik. Als Spitzenorganisation wurde der "Hauptverband Deutscher Wohnungsunternehmen e.V." neu organisiert, im Zuge territorialer Gebieteinteilung kam es 1935 zur Bildung des "Verbands Berliner und schlesischer Wohnungsunternehmen".

Gemeinschaftsorientierte, genossenschaftliche Ideen erfahren nun eine nationalsozialistische "Belebung" und Umdeutung. *"Wieder sind wir eine Volksgemeinschaft geworden, ein Verband deutscher Volksgenossen, durch gemeinsames Schicksal neu gegründet." (Mit 9/1933)* Mit der Beschwörung von wahrer "Volks- und Blutgemeinschaft" werden die unter gänzlich anderen Vorzeichen entstandenen Begriffe wie Freie Scholle, Heimstätte oder Gartenstadt in den neu-

en politischen Kontext gestellt und propagandistisch mißbraucht. Genossenschaftlichkeit, nun losgelöst von allen politischen und avantgardistischen Bestrebungen der 20er Jahre, reduziert sich oft nur noch auf ein heimattümelndes und konservatives Szenario.



"Hast Du schon einmal eine baugenossenschaftliche Siedlung abends in der Dunkelheit mit Bewußtsein betrachtet? Ruhe und Geborgenheit der Bewohner, das ist es, was mir dieser Anblick sagt. Hier spürt man, wie die Menschen heimatbewußt werden. Diese Menschen kommen mir vor wie die Bäume und Sträucher dieser Siedlungen, die ihre Wurzeln in die Erde senken..." (Henzler o.J.)

Insbesondere der Kleinsiedlungsbau wurde als neue Aufgabe des Staates zur Verknüpfung der Volksgenossen mit ihrem Boden propagiert.

Die Bindung an die Scholle schien sowohl die Lösung für wirtschaftliche Probleme zu sein, etwa durch Erwerbslosen- und später Frontkämpfersiedlungen, als auch revolutionäre Kräfte eines unzufriedenen Stadtproletariats zu kanalisieren. Gemäß dieser Leitbilder entstanden in Reinickendorf die Siedlungen "Waldidyll", die AEG-Siedlung auf dem Kienwerder in Lübars oder die Borsig-Siedlung in Heiligensee.

Das Neue Bauen der 20er Jahre galt als Unterhöhung der abendländisch-europäischen Kultur, im Wohnungsbau sollte im Rückgriff auf *"beseelte Traditionen eine Heimkehr aus der kalten Luft der Neuen Sachlichkeit in die Wärme von Blut und Boden"* angetreten werden. (Teut 1967, S. 11) Unter diese Aburteilung fiel auch die Architektur Bruno Tauts, der, wie viele seiner Mitstreiter, aus Deutschland emigrierte. Der gleichgeschaltete Bund Deutscher Architekten, ein Sammelbecken des konservativen Lagers, huldigte Hitler bereits 1933 *"als ersten Baumeister"*. Der städtische Volkswohnungsbau wurde deutsch und volkstümlich definiert, spitzen Dach und dekorative Volkskunst prägten den neuen "Heimat schutzstil".

Neben ideologischer Vereinnahmung und Zerschlagung aller reformorientierten Kräfte nah-

men die gewaltsamen Übergriffe auf den politischen Gegner an Intensität zu. Angesichts der Bedrohungen war auch in Reinickendorf der Rückzug vieler Sozialdemokraten für die Wahl am 12.3.1933 symptomatisch. Franz Neumann, ursprünglich auf dem 7. Platz der Aufstellung, avancierte am Tag der Wahl zum Spitzenkandidaten (FNA 1978, S. 10). Knapp drei Wochen später wurden durch Ministererlaß den Bezirksverordneten von KPD und SPD die Mandate ersatzlos gestrichen. Bereits im April 33 erfolgten aus politischen und rassistischen Gründen zahlreiche Entlassungen in der Bezirksverwaltung, aus den Volksbüchereien wurden 40% der Bücher entfernt, drei weltliche Schulen aufgelöst. Die Stadtverfassung von 1936 schließlich beseitigte die kommunalen Sonderrechte der Bezirke und degradierte diese zu reinen Weisungsempfängern.

Nach dem Verbot der SPD am 22.6.33 war ihre Weiterführung nur noch im Untergrund möglich, der Exilvorstand agierte von Prag aus. Für die illegal Tätigen gingen mit den Terrorübergriffen auch kontinuierliche Verhaftungswellen einher, die 1934 zu zahlreichen Massenprozessen führten. Die Freie Scholle als sozialdemokratische Hochburg war davon besonders betroffen.



1. Frontkämpfersiedlung in Britz, ausgeführt von der gleichgeschalteten Gehag und der Bauhütte Berlin

DIE FREIE SCHOLLE ALS ORGAN NATIONALSOZIALISTISCHER POLITIK

Das verschärfte Augenmerk der neuen Machthaber galt insbesondere den sozialdemokratisch ausgerichteten Genossenschaften. Ein Mitarbeiter im preußischen Staatsministerium wurde zum Beauftragten für die Gleichschaltung des gemeinnützigen Wohnungswesens, und überwachte auch in der Freien Scholle die Neubesetzung der Vorstands- und Aufsichtsratsämter.

"Am 24. April fanden sich dann Beauftragte der augenblicklichen Verwaltung mit einigen Baugenossen, die der neuen Staatsmacht eng verbunden sind, zusammen, um über die Neugestaltung der Verwaltung zu beraten. Es wurde beschlossen, der am 27. Mai stattfindenden Generalversammlung eine Einheitsliste der in den Aufsichtsrat zu entsendenden Baugenossen vorzuschlagen." (Mit 4/1933)

Auf dieser mit 400 Mitgliedern außerordentlich gut besuchten Generalversammlung stellten alle Aufsichtsratsmitglieder ihre Mandate zur Verfügung, nur noch drei ehemalige Mitglieder waren auf der Einheitsliste vertreten. Eine Woche darauf bestellte der gleichgeschaltete Aufsichtsrat auf Veranlassung des Staatskommissars eine neue Geschäftsführung. Ihr gehört noch bis Ende 1933 der ehemalige Schollenredakteur Hugo Schulze an, der "stärkste Aktivposten der alten Garde" (Wasserthal 1945, S.51).

"Bis 1933 stand die 'Freie Scholle' entsprechend der politischen Zusammensetzung der Mitgliedschaft stark unter sozialistischem Einfluß. Dies hatte bei der sogenannten Gleichschaltung im Jahr 1933 zur Folge, daß die Nationalsozialisten es nicht wagten, die damals amtierenden Organe restlos durch die 'Garanten des tausendjährigen Reiches' zu ersetzen. Sie wählten

daher den Kompromiß, drei Mitglieder der NSDAP in den Aufsichtsrat zu delegieren. Daneben wurde die gleiche Mandatsziffer der SPD und den politisch Unorganisierten zugestanden. In der gleichen Dreiteilung wurden die drei Vorstandsämter besetzt. In der Folgezeit wurden jedoch bald die politisch Andersdenkenden ausgekehrt, soweit sie nicht durch ihre Sachkenntnis der genossenschaftlichen Arbeit schwer entbehrlich waren." (GB 1945, S.3f)

Im folgenden Monat setzten die neuen Machthaber weitere Zeichen in der Freien Scholle. An die Stelle des aufgelösten Beirats trat ein Wohlfahrtsausschuß, dessen Mitglieder vom Vorstand benannt wurden. *"Ein Wohlfahrtsausschuß wurde gegründet. Der Beirat, das bisherige Herz der Genossenschaft, mußte mit dieser Gründung abtreten, oder, um mit dem Begriff der damaligen Zeit zu reden, er wurde gleichgeschaltet." (Wasserthal 1945, S.50)*

Die bislang freiwillige Initiative des Küchenvereins erlosch spontan. Der Versuch der neuen Leitung, den Weiterbestand als genossenschaftlichen Solidarakt zu diktieren, scheiterte jedoch und führte nach offizieller Darstellung "wegen fehlender Geldmittel" 1934 zu seiner Auflösung. *"In der Verwaltung besteht darüber Klarheit, daß die Erwerbslosenküche eine Einrichtung ist, die im ureigensten Interesse aller Schollengenossen zu stützen und zu fördern ist. Sollten die Mitglieder der Genossenschaft nicht das genügende soziale Verständnis dafür aufbringen können, so wird die Verwaltung dafür Sorge tragen müssen, im Interesse der Genossenschaft den Bestand der Erwerbslosenküche zu wahren." (Mit 6/1933)*

Zu dieser Version konträr stehen die Aussagen der damals beteiligten Genossen: *"1933 sollten linientreue NSDAP-Leute in die Erwerbslosenküche rein. Da hat mein Vater gesagt: 'Denen*

"Dank der geistigen Unmündigkeit der neuen Männer gelang es unseren alten Torhütern, in der neuen Verwaltung einige Horchposten zu beziehen." (Wasserthal 1945, S.50)

keinen Pfennig', und hat Freßpakete für alle Arbeitslosen gemacht, so daß nicht ein Pfennig mehr übrig blieb. Als sie dann eingestellt war, kamen aber drei mit Abzeichen, und sagten: 'Wir wollen die Bücher prüfen'. Ich war 13 Jahre und hatte furchtbare Angst. Und meine Mutter sagte: 'Du brauchst keine Angst zu haben, die Bücher Deines Vaters stimmen bis auf den Pfennig.' Dann haben die drei oder vier Stunden da gesessen, haben alles ganz genau gewälzt, weil ja auch kein Geld mehr da war. Dann sind die aber ziemlich betreten abgezogen." (Int-6)

Noch im Juni 1933 wird mit der Ernennung von Blockwarten begonnen, um auch in der "Scholle" den Weg für Kontrolle und Bespitzelung der Bewohner zu ebnen. "Wir sind daher entschlossen, unsere Genossen in stärkerem Maße als je zur Mitarbeit heranzuziehen und wollen versuchen zu erreichen, daß aus dem kleinsten Kreise der Zelle ein verantwortlicher Träger dieser Idee herausgestellt wird. Wir haben daher 70 Blockwarte ernannt, denen die hohe Aufgabe zufällt, Bindeglied zwischen der Verwaltung und den Mitgliedern zu sein." (Mit 8/1933)

Jüdische Ladeninhaber erleiden zunehmende Diskriminierungen und verlassen die Siedlung. "An der Ecke, wo heute das Schollenlädchen ist, war früher ein Schuster, der hieß Jakob Fürst. Der war mit einer Arierin verheiratet. Nachher hatte er ein Lebensmittelgeschäft. Da haben sie rangeschrieben: 'Jakob Fürst, der Rassenschänder'. Da war mein Vater so wütend, ist zu dem Mann in den Laden und hat gesagt: 'Jetzt kaufen wir bei Ihnen, denn ich finde das unerhört, daß man so was ranschreiben kann an Ihren Laden.'" (Int-6)

In einem anderen Fall wird per Schreiben des Gau-Personalamts vom 27.7.36 die zwangsweise Ausgliederung eines Juden aus der Siedlung gefordert. "Infolge des Charakters der von Ihnen bezeichneten Siedlung, bitten wir, ihm die Genehmigung sich dort aufzuhalten, zu entziehen. Heil Hitler!" (in: GB 1945)

Im Zuge der Auflösung demokratischer Strukturen werden auch die Jugend- und Kindergruppen der SPD als Keimzellen möglicher Opposition verboten. "Die Jugendgruppe der SPD war eine richtige politische Gruppe. Und das war ganz klar, daß die in Null Komma nichts verschwinden mußte." (Int-1.2)



Gleichgeschaltete
Genossenschaftsleitung
unterm Hakenkreuz

Im Sommer 1933 kommt es aufgrund einer "Weisung von oben" zur Umbenennung des Lilienthalhofes, was die Genossenschaft jedoch tief bedauert. Es besteht die Vermutung, daß Lilienthal irrtümlich als Jude eingestuft wurde. "Die Behörden haben nun, nachdem der Name sich in einem halben Jahrzehnt eingebürgert hatte, es für notwendig erachtet, aus technischen Gründen die Umtaufe vollziehen zu müssen. Der Lilienthalhof hat nunmehr die amtliche Bezeichnung 'Schollenhof' erhalten." (Mit 8/1933)

Der zunehmende Siegeszug nationalsozialistischer Propaganda schlägt sich neben einem spürbar rigideren Ton qua Verordnung auch in der Umgestaltung der Schollenzeitung nieder, die sich vom sachlichen Design der 20er Jahre zum altdeutschen Schrifttyp und Erscheinungsbild umwandelt. Ab 1937 erscheint "Der Schollenbote" statt bisher "Die Freie Scholle", ein in der Umbenennung schon deutlich erkennbarer Identitätsverlust.

Die Freie Scholle

Mitteilungsblatt der Baugenossenschaft Freie Scholle zu Berlin
e. G. m. b. H., Berlin-Tegel, Schollenhof 7 / Fernruf: 6 8 Tegel 1699

Januar 1934
Nr. 1

Zum 30. Januar

Was vor einem Jahr allen Absichtstehenden unmöglich und vielen Eingeweihten zweifelhaft erschien, ist Wirklichkeit geworden: Die jedes Wirtschaftsleben lähmende und jeden Aufstieg hemmende Herrschaft des deutschen Volkes ist verschwunden, der Haber und der Streit der Parteien sind verstummt.

„Aus einem Chaos wurde eine Einheit,
aus einer Masse wurde ein Volk.“

Auf dieser Einheit und mit diesem Volk baut der Führer das neue Reich. Der starke Glaube an Deutschlands glückhafte Zukunft ist in jeden Volksgenossen eingezogen.

Nur ergriffenige Egoisten, die alles mit dem Maßstab ihrer eigenen augenblicklichen Existenz messen, können noch ungründliche Zweifler sein. Alle anderen aber sind von freudiger Dankbarkeit erfüllt für das, was der Führer und seine Getreuen mit beispielloser Heroikätät in diesem einen Jahr aus dem Trümmerhaufen eines Volkes gemacht haben.

Seht dieser Freude und Dankbarkeit Ausdruck:

Am 30. Januar sollen aus allen Heimstätten unserer Freien Scholle die Fahnen des neuen Deutschland wehen!

Demonstratives Hissen der Hakenkreuzfahne wird für jeden Bewohner zum Zwang, noch gesteigert zu speziellen Anlässen wie dem Jahrestag der Machtergreifung: "Am 30. Januar sollen aus allen Heimstätten unserer Freien Scholle die Fahnen des neuen Deutschland wehen." (Mit 1/1934)

Die schrittweise "Entwicklung" des Mitteilungsblattes unter nationalsozialistischem Einfluß

1933



1934



1937



"Anfangs konnte man noch anstelle der Hakenkreuzfahne die Schwarz-weiß-rote hissen. Darüber war ich als Jugendliche wütend, und sagte zu meinen Eltern: 'Fallt Ihr auch schon um?' Dann antwortete mein Vater: 'Denkst Du vielleicht, ich will ins KZ, nur wegen solch einem Lappen?' Und dann ging der Mann, dieser 'Goldfasan', da lang mit seinem Schäferhund, und hat sich in seinem Notizbuch alles aufgeschrieben." (Int6)

Im November wird als Fazit des Wahltages von der Genossenschaftsleitung verkündet: "Die Freie Scholle stand am Sonntag, dem 12. 11., im Zeichen der endlich errungenen Volksgemeinschaft. Schon der rein äußerliche Eindruck durch die zahlreichen Hakenkreuzfahnen ließ dies erkennen. Mit verschwindender Ausnahme haben sich unsere Baugenossen zu Adolf Hitler bekannt, damit gleichzeitig die Politik der Nationalen Regierung gebilligt." (Mit 9/1933)

Das Bemühen des gleichgeschalteten Vorstands, die Freie Scholle trotz spürbarer Opposition zur Vorzeigesiedlung zu machen, zeigt

sich in der Teilnahme am "Leistungskampf der Deutschen Betriebe". Ihr Beitrag an einer von der DAF organisierten Ausstellung des "Gau Groß-Berlin" vom 10.-17.2.1938 bringt der Genossenschaft Anerkennung in Form des "Leistungsabzeichens vorbildlicher Kleinbetrieb".

In diesem Sinn werden zahlreiche Instandhaltungs- wie auch Kanalisationsarbeiten im eigenen Regiebetrieb durchgeführt, und im Schollenweg 2 eine Werkstatt mit Schlosserei, Tischlerei und Lagerraum für die Maler eingerichtet. Zur Arbeitsbeschaffung setzt die Leitung zunehmend arbeitslose Genossen ein.

Die Kodifizierung des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts 1940 hatte die Abschaffung privater Wirtschafts- und Spareinrichtungen zur Folge. Dies zeigt auch für die Freie Scholle nachhaltige Auswirkungen. 1941 muß die Sparkasse aufgegeben werden, ein weiterer wesentlicher Grundpfeiler genossenschaftlicher Selbsthilfe geht damit verloren.



Mitarbeiter des Regiebetriebes

WIDERSTAND UND VERFOLGUNG AUF DER "SCHOLLE"

"Am Tag der sogenannten Machtergreifung gab es einen NS-Fackelzug durch die 'Freie Scholle'. Wir standen am Fenster und ahnten Böses. Bis März 33 ließ man die Siedlung in Ruhe. Lediglich am Tag der Wahl gab es eine Blitzaktion: Reichsbanner, Kommunisten und SPD-Leute wurden verhaftet, Reichsbannerkoppeln und Fahnen aus den Wohnungen geholt." (Höppner, in: Sandvoß 1994, S.48)

Die Freie Scholle, seit den 20er Jahren eine SPD-Hochburg, wurde durch die Folgen der Machtergreifung besonders hart getroffen und zunehmend polarisiert. Hatten die sozialdemokratischen Vertreter bei den letzten demokratischen Wahlen im März 33 noch überzeugend abgeschnitten, so wurden sie aufgrund verstärkter Verfolgung gezwungen, ihr Engagement illegal weiterzuführen. Obwohl viele Baugenossen auch resignierten, belegen Erinnerungen von beteiligten Schollanern dennoch den ungebrochenen Widerstand Einzelner.

Zeitzeugen zur Wahl am 5.3.1933

"Was mir ungeheuer in Erinnerung geblieben ist, das war die Wahl am 5. März 33. Am Tag zuvor saßen zwei Männer in einem geschlossenen Wagen und hatten eine Liste, wer abgeholt werden sollte. Die klingelten überall und holten die Kommunisten und Sozialdemokraten, damit sie nicht wählen konnten. Dann fuhren sie mit den Leuten Richtung Tegel ab. Das hatten sie sich noch nicht getraut, die Wahl zu fälschen." (Int-6)

"Im März 1933 konnten zahlreiche Bewohner der Freien Scholle nicht mitwählen, denn sie waren am Sonnabend zuvor verhaftet worden. Unter den etwa 70 Inhaftierten war auch mein Mann, Herbert Rehfeldt, und der Vorsitzende unserer Baugenossenschaft, Otto Stechert. Zum Glück kamen die Männer nicht in die Hedemannstraße (SA-Folterkeller), sondern zunächst in die Schule am Waidmannsluster Damm und dann zum Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Geschlagen wurden sie nicht, nur verhört und dann freigelassen." (Rehfeldt, in: Sandvoß 1994, S.47)

"Den Montag kam ein Genosse, der am Samstag abgeholt worden war und erzählte, daß er von der SA der Berliner Polizei im Gefängnis am Alexanderplatz übergeben wurde. Da waren keine Sitze. Alle mußten stehen, zusammengepfercht und nichts zu essen, den ganzen Sonnabend und Sonntag. Es gab keine Verhandlungen. In der Nacht zum Montag haben sie sie dann entlassen." (Int-6)

"Dann stand mein Vater am Sonntag mit dem SPD-Schild vor dem Wahllokal, neben ihm stand ein SA-Mann. Das war damals in der Egidystraße, in einem größeren Haus im Erdgeschoß. Und dann erzählte er: 'Ich kann Dir alle möglichen SPD-Leute aufzählen, die haben alle um mich einen großen Bogen gemacht.' " (Int-6)

"Bei der Wahl 33 kam es zu Schlägereien vor dem Wahllokal, bei denen Blut geflossen sein soll. Nach der Wahl holte die SA die Mitglieder der SPD und KPD ab, um sie am Bahnhof Waidmannslust ihre Wahlplakate abschrubben zu lassen." (Höppner, in: Dinneberger 1985)

Neben wiederholten Hausdurchsuchungen, die sich zunächst auf die Kontrolle illegalen Materials bezogen, sind bald auch Verhaftungen und ab 1934 politische Massenprozesse an der Tagesordnung. Die zunächst noch vereinzelt Aktionen des Jahres 33 gingen in systematische

Verfolgung über. Anfang 1934 wurden die Schollaner Walter Höppner und Franz Neumann als Mitglieder des illegalen Apparates der Berliner SPD verhaftet, brutalen Verhören unterzogen und zu je 1 1/2 Jahren Festungshaft wegen Hochverrats verurteilt.

"Die 'Freie Scholle' wurde wiederholt von Verhaftungen heimgesucht, z.B. vor Wahlen. Ein anderes Mal wurde unsere Genossenschafts-siedlung auf rote Fahnen durchsucht. Selbst unter der schmutzigen Wäsche versteckte Exemplare fanden sie und legten sie danach demonstrativ auf dem Mittelstreifen des Waidmannsluster Damms aus." (Sonnemann, in: Sandvoß 1994, S.47)

"Viele Genossen hatten wohl noch die alten Fahnen vor 1933, manche sogar noch Fahnen linksgerichteter Parteien, die sie, wie z.B. der Baugenosse Prietzel, im Deckbett einnähten oder irgendwo versteckt hielten." (Wasserthal 1945, S.58)

"Dann kamen die Hausdurchsuchungen, meistens erst abends. Gegenüber die Gunni Lindenberg, die war immer ungeheuer schlagfertig, eine richtige Berlinerin. Da hing im kleinen Zimmer August Bebel an der Wand. Da fragte der: 'Wer ist denn das?' Und sie antwortete: 'Mein Großvater!'" (Int-6)

"In der ersten Zeit habe ich die Mitgliedsbücher von einigen Kommunisten versteckt. Ich hatte einen ägyptischen Tisch, der hatte eine Klappe und einen Kasten darunter. Da habe ich alles reingepackt. Als die Kommunisten abgeholt wurden, wurde es brenzlig." (Int-2)

"Ich wurde in das Zimmer 325 (Prinz-Albrecht-Straße) eingeliefert, in dem unter Leitung des Kommissars Rikowski die furchtbaren Mißhandlungen erfolgten... die Gesundheit ist dadurch für das ganze Leben dann zerstört worden." (Neumann, in: Sandvoß 1994, S.48)

"Anfangs organisierte Franz Neumann noch die Genossen. Doch große Angst und Mißtrauen verhinderten bald engere Verbindungen. Aus unserer Straße wurde ein Kommunist verschleppt und für mehrere Wochen inhaftiert. Sozialdemokraten wie Franz Neumann und Walter Höppner wurden ebenfalls verhaftet. Jeder, der in die Freie Scholle zog, wurde von uns beäugt. Es geschah zu recht, denn ein junger, stiller Nachbar entpuppte sich 1945 als ehemaliger Wachmann des KZ Sachsenhausen." (Schrön, in: Sandvoß 1994, S. 55)

"Franz Neumann und ich wurden damals (1933, d. Verf.) nicht mitgenommen. Wir beide versuchten in der folgenden Zeit, die SPD-Genossen in der Siedlung zusammenzuhalten... Einmal gingen wir über die Dächer der Siedlung und holten einige NS-Fahnen herunter. Anfang 1934 gerieten wir dann als Mitglieder des illegalen Apparates der Berliner SPD in Haft." (Höppner in: Sandvoß 1994, S.48)

SIEDLUNGSLEBEN UNTERM HAKENKREUZ

Das Leben in der Siedlung stand für die Mehrzahl der Genossen unter zunehmend resignativem Vorzeichen, hatten Bespitzelung sowie Abschreckung durch Verhaftung prominenter SPD-Genossen eine eher lähmende Stimmung erzeugt. Viele ehemals politisch engagierte Bewohner zogen sich nun gänzlich auf ihr Privatleben zurück.

"In der Freien Scholle wohnten zwar viele Antileute, aber was sollte man machen? Man konnte nur versuchen, menschlich zusammenzuhalten... Der Baugenossenschafts-Vorsitzende Otto Stechert half in einer kniffligen Situation. Bei den jährlichen Festumzügen der Freien Scholle mußte doch eine Fahne dabei sein. Die rote Fahne mit den drei Pfeilen (Eiserne Front) ging nicht mehr, die Nazifahne wollten wir nicht. Da entwarf Stechert die weiß-grüne Fahne mit dem Häuschen." (Rehfeldt in: Sandvoß 1994, S.55)

"Doch auch in der Freien Scholle hingen dann später aus fast allen Fenstern Hakenkreuzfahnen. Obwohl doch viele Nichtnazis und frühere Sozialdemokraten hier wohnten, machten fast alle beim Fahnenraushängen mit. Ausschlaggebend zur Beschreibung der damaligen Verhältnisse war das große Mißtrauen. Mit wem konnte man reden? ...Wenn wir damals getan hätten, wozu wir eigentlich verpflichtet waren, wären wir nicht durchgekommen." (Sonnemann, in: Sandvoß 1994, S.55)

"Die Freie Scholle, die immer großen Wert auf politische Gesinnung gelegt hatte, war verpflichtet, einen gewissen Prozentsatz Beamte mit aufzunehmen. Viele dieser Leute unterstützten Hitler ganz offen. Dies führte zu starken Auseinandersetzungen mit den sozialdemokratisch orientierten Bewohnern. (Höppner, in: Dinneberger 1985)

Auch die Siedlungsfeste entwickeln sich zur Plattform nationalsozialistischer Propaganda und werden von oppositionell eingestellten Schollanern nun grundsätzlich gemieden.

"Unser Sommerfest brachte zum ersten Male die Verbundenheit der Baugenossenschaft zum neuen Deutschland zum Ausdruck. Es war ein Beweis dafür, daß sich die Idee unseres Führers auch in unserer Genossenschaft durchsetzt... Die Ausschmückung der Scholle war mit viel Eifer und Sorgfalt vorbereitet und bot ein prächtiges Bild. Die Symbole des nationalsozialistischen Deutschland leuchteten fast aus allen Heimstätten... Um 2 Uhr setzte sich der Festzug, voran eine schneidige SA-Kapelle, an unserem Kriegerdenkmal in Bewegung." (Mit 7/1933)

In den folgenden Jahren kehren die Feste wieder zu ihren angestammten Themen zurück, wie etwa 1938 das "Fest der Schollenbauern im Tusculum Tegel". Für Familien, die nicht direkt Verfolgung und Nazi-Terror ausgesetzt waren, konnte das Leben dem Anschein nach "normal" weitergehen.



Festzug der Freien Scholle 1938

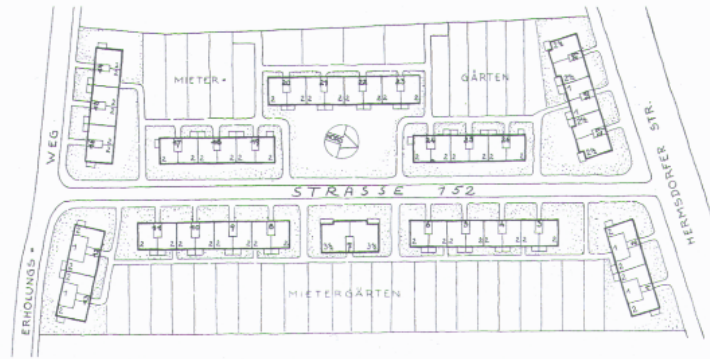


Festzug 1937



Der Schollenkrug
1938

Lageplan des
1937 gebauten
Siedlungsteils



WEITERBAU AM TALSANDWEG

Zur letzten Neubaumaßnahme kommt es 1937 an der Straße 152, dem späteren Talsandweg. Ein Jahr zuvor war das westlich des Moränenwegs gelegene Grundstück erworben worden, nicht zuletzt aufgrund wachsender Nachfrage als Folge der expandierenden Reinickendorfer Industriebetriebe.

Das mit 124 Wohnungen und Baukosten von einer Million Reichsmark beachtliche Projekt wird wieder in Kooperation mit der Gehag ausgeführt, die die Projektplanung und Bauleitung übernimmt. Die Architektur, in den Fassaden noch ein Nachklang des 20er Jahre "Gehag-Stils", in der Dachform bereits der deutsche "Heimatschutzstil", soll einen Übergang von der modernen "Scholle" zur benachbarten, baulich eher konservativen Luthersiedlung darstellen. Der anvisierte Typ des freistehenden Doppelhauses kann zwar aus ökonomischen Gründen nicht realisiert werden, doch liegt die Betonung, im Gegensatz zu den Taut'schen Hauszeilen, auf der Bildung einzelner Baugruppen.

"Die Häuserzeile ist in einzelne Häuser mit breiten Durchbrüchen aufgelöst, die nicht zu hohen Bauten mit ihren roten Ziegeldächern schaffen von der Luthersiedlung aus einen schönen Übergang zum schon bestehenden Teil der Scholle." (Mit 5/1937)

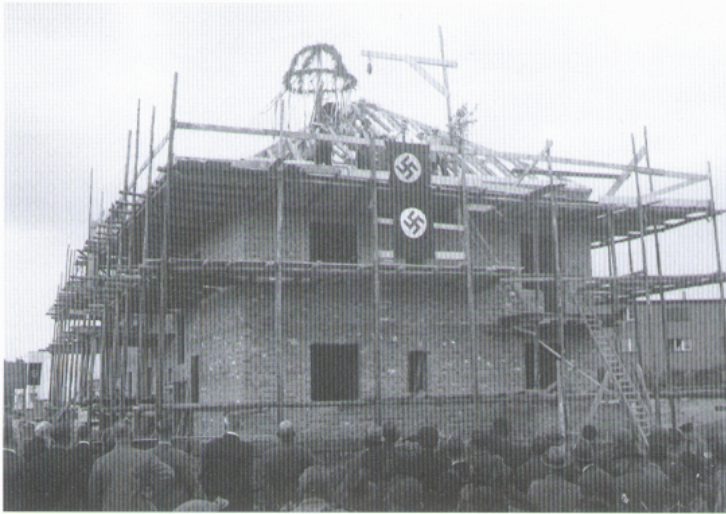
Der Bezug des letzten Bauabschnitts erfolgt zum Ende des Jahres. Die neuen Wohnungs-

haber werden von den alten Schollanern überwiegend mit Mißtrauen empfangen, erscheinen die Belegungskriterien zudem als nicht transparent. *"Dann wurde in der Nazi-Zeit der Talsandweg gebaut. Da haben wir immer gesagt: 'Wer auf der alten Scholle wohnt, das wissen wir. Aber wer da hingezogen ist, wissen wir nicht - sicher viele Parteigenossen.'" (Int-6)*

Gehag und Freie Scholle in der NS-Zeit

Das bis 1933 enge Kooperationsverhältnis zwischen Gehag und Freier Scholle wird sukzessive in der NS-Zeit abgebaut. Noch mit ihren alten Vorständen erläßt die Gehag im April 33 der bei ihr hoch verschuldeten Genossenschaft 20.000 RM von ihrem Kredit. Nach Neubesetzung des Amtes des Vorstandsvorsitzenden Ende 33 drängt die nun ebenfalls gleichgeschaltete Gehag auf pünktliche und regelmäßige Tilgung. 1935 wird die Kapitalbeteiligung der Freien Scholle durch Rückgabe der Gehag-Aktien beendet. Ebenso verfahren die anderen Aktionärs-genossenschaften, so daß bis 1945 98% der Gehag-Aktien von einem Vermögensträger der DAF gehalten werden.

Die Zusammenarbeit zwischen Freier Scholle und Gehag zunächst bei kleineren Bau- und Kanalisationsvorhaben im Jahr 1936 wird von Auseinandersetzungen über hohe Betreuungsforderungen überschattet. Nach dem Weiterbau am Talsandweg bleiben noch geplante Bauvorhaben durch Kriegsvorbereitungen unrealisiert.



Richtfest Talsandweg



Neubauten am Talsandweg 1937

"Am 1. September begann der Krieg. Sonnabend spukte das schon 'rum: Es gibt Krieg! Und dauernd wurde Marschmusik im Radio gespielt. Und dann kam den Sonntag ein Mann mit goldenem Parteiabzeichen und hat uns die Lebensmittelkarten ausgehändigt." (Int-6)



DER ZWEITE WELTKRIEG UND DIE FOLGEN

Geradezu prophetisch hatte der Wirtschaftsreformer Silvio Gesell, Schöpfer der Freigeldtheorie und Bewohner der Obstbaukolonie Eden, zum Ende des Ersten Weltkriegs 1918 prophezeit: "Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz des Rufes der Millionen: 'Nie wieder Krieg!', entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft, beibehalten wird, so wage ich es, heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre brauchen wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen." (in: Wolf 1983, S.22)

Schon früh waren auch die Schollaner auf die Gefahr eines möglichen Krieges vorbereitet worden. Bereits im Oktober 1933 bildete sich der Reichsluftschutzbund, darunter eine Reviergruppe C (Freie Scholle). Die im gleichen Jahr ernannten Blockwarte galten als Vorläufer der späteren Luftschutzwarte.

Der Luftschutz auf der Scholle marschiert!

Im Zuge der Kriegsvorbereitungen gingen sämtliche Wohnbauinitiativen drastisch zurück, die Rüstungsproduktion nahm dagegen einen enormen Aufschwung. Gerade im Norden Berlins expandierten die Industriebetriebe, in denen auch viele Genossen der Freien Scholle beschäftigt waren: Firma Gossen (Flugzeughallen), die Deutsche Waffen- und Munitionswerke am Eichborndamm, Rheinmetall/ Borsig in Tegel, Krupp in Borsigwalde, Mauser-Waffenwerke in Wittenau, Alkett (Panzerbau) in Borsigwalde, Hensel (Tankwagen für die Luftwaffe) in Wittenau, Teves

in Wittenau und Argus in der Flottenstraße (Flugzeugteile), Dürener Metallwerke (Leichtmetall für Flugzeuge und Patronenhülsen) in Borsigwalde. Befanden sich hier speziell die Zellen des politischen Widerstands so ziehen diese Rüstungszentren im Zweiten Weltkrieg besonders intensive Bombardierungen nach sich, die das Schicksal auch der umliegenden Wohnviertel bestimmen sollten.

Hast Du schon eine Gasmasken?

Wenn nicht, so wende Dich sofort an die zuständige Reviergruppe des Reichsluftschutzbundes, deren Anschrift an der Haustafel in Deinem Hause verzeichnet ist.

Die Gasmasken kostet RM 5.-

Bereits im November 1939 meldet der "Schollenbote", daß "rund 70 Männer aus der Freien Scholle in der Landesverteidigung stehen". Die nun kontinuierlich im Mitteilungsblatt veröffentlichte Feldpost wird zum Spiegel des Kriegsgeschehens. "Das Päckchen mit den Zigaretten habe ich erhalten und mich sehr darüber gefreut. Auch ich hoffe ja, daß hier alles bald in Ordnung geht und ich wieder meinen Garten in der Scholle betreuen kann. Ich habe hier bei unserem Marsch durch Polen manches gesehen, wir haben in kleinen Dörfern und Städten gewohnt, aber auch etwas nur entfernt ähnliches wie unsere 'Scholle' gibt es anscheinend nicht zum zweiten Mal." (Mit 11/1939)

Für die Genossenschaftler hatten die Entbehrungen und Schrecknisse des Zweiten Weltkriegs leidvolle Auswirkungen. Waren viele Männer eingezogen, zum Teil Frauen und Kinder evakuiert, so stellte sich das Leben für die Dagebliebenen als schwieriges Überleben dar. Zu den Rationierungen von Lebensmitteln, Kohlen oder Kleidern kamen in den letzten drei Kriegsjahren die zunehmenden Schrecknisse

durch Bombenangriffe, zu denen vor allem der "Schwarze Freitag" am 26.11.1943 zählte. Die Schollengemeinschaft wurde zur "Luftschutz-Hausgemeinschaft".

"Unser Keller war ein Luftschutzkeller, in der Mitte des Moränenwegs... Zu Anfang war das sogar noch irgendwie gemütlich. Es dauerte manchmal stundenlang, da haben wir auch Gesellschaftsspiele da unten gemacht, und gesungen und getanzt, um uns die Zeit zu vertreiben... Dann war mal ein furchtbarer Angriff. Leute von außerhalb können sich nicht vorstellen, wie das ist, wenn man wie in einer Mausefalle sitzt. Und es surrt und schießt und kracht alles um einen herum. Der ganze Keller wankte. Das war grauenhaft." (Int6)

"Auf einmal ein Krach und Staub. Das war zwei, drei Häuser den Berg hoch, da ging eine Bombe in den Garten. Und da war die ganze Wand von zwei Häusern umgestürzt, daß man wie in eine Puppenstube in die einzelnen Etagen reingucken konnte." (Int6)

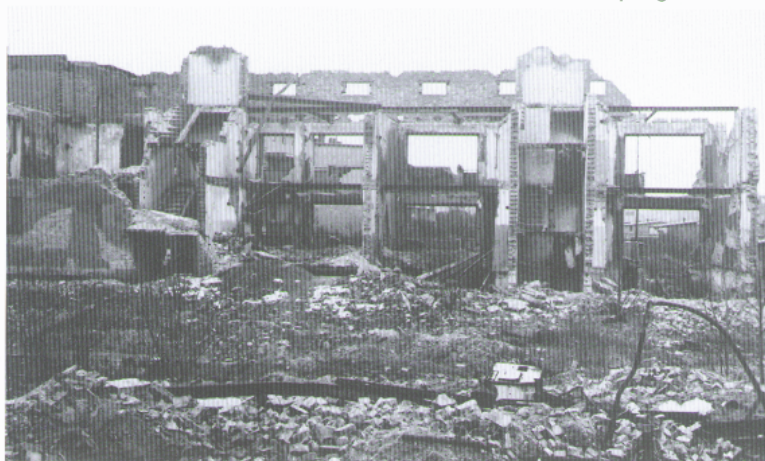
Das Fazit der Zerstörungen stellt sich beim Einmarsch der russischen Armee in Reinickendorf am 27. April 1945 wie folgt dar: 169 Wohnungen sind total zerstört, das entsprach ca 18% des Bestands, 60% wurden beschädigt.

Es wurden vernichtet		
beim Nachtangriff am	26. 11. 43	128 Wohnungen
beim Nachtangriff am	5. 12. 44	20 „
beim Tagesangriff am	28. 2. 45	17 „
beim Nachtangriff am	18. 3. 45	2 „
beim Nachtangriff am	20. 3. 45	2 „
Insgesamt fielen also	169 Wohnungen

Mit 1/1946

"Doch am 26. November 1943, abends gegen 8 Uhr, surrten die schweren Bomber auch über die Schollenheimat. Brandbomben in ungezählter Zahl und Sprengbomben in großer Zahl wurden abgeworfen. Als unsere Genossen das Entwarnungszeichen der Luftsirene hörten und verstört aus Bunkern und Kellern krochen, war der Himmel ein riesiges Flammenmeer, Rauch- und Staubwolken ließen den Abend zur völligen Nacht werden. Tapfer griffen die Genossen zu Feuerspritze, Wasser und Sand, allein die Elemente der Vernichtung waren stärker. Anklagend ragten am anderen Tage viele Ruinen gen Himmel. Obdachlose suchten bei Bekannten Unterkunft. Was ihrer Hände Arbeit in Jahrzehnten geschaffen hatte, war in wenigen Minuten zerstört." (Wasserthal 1945, S.58f)

Kampweg



Egidystraße